

UNSERE WOCHE IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Bayern befinden sich zwar nicht im Krieg, aber auch nicht mehr vollständig im Frieden. Wir beobachten Formen hybrider Angriffe auf die Bundesrepublik und ihre europäischen Verbündeten – etwa Sabotageakte an Kabeln in der Ostsee oder gezielte Desinformationskampagnen in sozialen Netzwerken. Besonders deutlich waren in den vergangenen Wochen Überflüge von Drohnen über polnisches und dänisches Staatsgebiet; zuletzt gab es außerdem Vorfälle am Flughafen München. Vor diesem Hintergrund sind zeitnah wirksame Maßnahmen zur Drohnenabwehr erforderlich, um Bevölkerung und kritische Infrastruktur zu schützen.

Unsere Bayernkoalition hat deshalb mit einem Entwurf zur Änderung des



Polizeiaufgabengesetzes die Rechtsgrundlage für eine effektive Drohnenabwehr durch die Bayerische Polizei auf den Weg gebracht. Die Polizei soll befugt werden, bei Gefahr oder drohender Gefahr für ein bedeutsames Rechtsgut Drohnen rechtssicher aufzuspüren und außer Gefecht zu setzen. Zudem soll es der Polizei künftig erlaubt sein, eigene Drohnen zu bewaffnen, um im Notfall feindliche Drohnen abwehren zu können. Die Polizei ist entsprechend zu schulen und mit den dafür nötigen technischen, finanziellen und personellen Mitteln auszustatten.

Darüber hinaus ist vorgesehen, die Kompetenzen am Defense Lab Erding zu bündeln, um Synergien mit einem Bayerischen Drohnenkompetenzzentrum zu schaffen. Die Fähigkeit, sich nach außen zu verteidigen, ist nur gewährleistet, wenn die zivile Verteidigung im Inneren funktioniert. Wir FREIE WÄHLER im Landtag sind deshalb entschlossen, geeignete Maßnahmen zum Schutz von Bevölkerung und Infrastruktur umzusetzen. Mehr dazu erfahren Sie in dieser Ausgabe des Newsletters.

Eine schöne neue Woche wünscht

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Alexander Hold'.

Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags



RÜCKBLICK

UNSER DRINGLICHSANTRAG: BAYERNS LUFTRAUM SCHÜTZEN!

Diese Woche haben wir in unserem Dringlichkeitsantrag zum Plenum ein konsequentes Vorgehen gegen Bedrohungen durch unbemannte Luftfahrtsysteme gefordert. Ziel ist der umfassende Schutz des bayerischen Luftraums durch rechtssichere Eingriffsbefugnisse, moderne Technologie und klare Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern.

Denn Drohnen sind längst nicht mehr bloß Spielzeuge oder Werkzeuge der zivilen Nutzung. Sie werden zunehmend für Spionage, Sabotage und Angriffe eingesetzt – auch über Einrichtungen der kritischen Infrastruktur in Deutschland. Bayern darf solchen Bedrohungen nicht tatenlos zusehen. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich das von der Staatsregierung geplante Gesetz zum Schutz vor unautorisierten Drohnenüberflügen in Bayern.

Damit erhält die Bayerische Polizei eine rechtssichere Befugnis, gefährliche Drohnen aufzuspüren, zu stören und im Ernstfall unschädlich zu machen. Das ist ein entscheidender Schritt für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sowie für den Schutz kritischer Infrastruktur. Gleichzeitig brauchen wir eine klare Regelung auf Bundesebene: Es bedarf einer bundesweit einheitlichen Rechtsgrundlage, die den Abschuss unbemannter Luftfahrtsysteme eindeutig regelt und die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden erleichtert. Nur so lässt sich verhindern, dass Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Bundeswehr im Ernstfall unklar bleiben.

Zu unterstreichen ist in diesem Zusammenhang auch die strategische Bedeutung von Forschung und Technologie in diesem Bereich. Mit dem Aufbau des Defense Lab

Erding fördern wir ein Innovationszentrum, das Bayern als Standort für Sicherheits- und Verteidigungstechnologien stärkt. Hier entsteht ein Netzwerk aus Forschung, Start-ups und Industrie – und damit ein wichtiger Baustein für die Zukunft unserer wehrhaften Demokratie. Mehr [\[HIER\]](#).

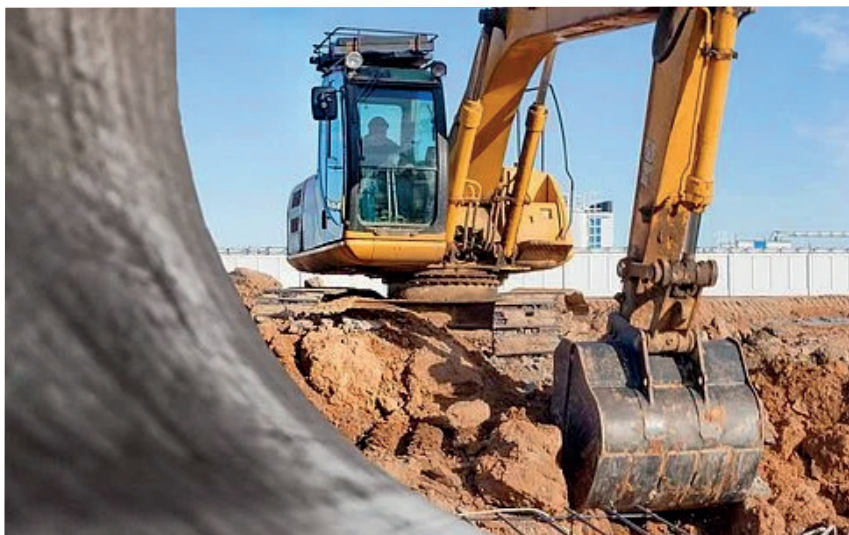
UNSER DRINGLICHSANTRAG: SANIERUNG UND AUSBAU VON FERNSTRASSEN UND SCHIENEN- NETZ MUSS ENDLICH VORAN- KOMMEN!

Wir fordern ein rasches Handeln vom Bund, damit die Sanierung und der Ausbau von Fernstraßen und Schienennetz in Bayern endlich vorankommen. Erst im Frühjahr hat Berlin das auf Pump finanzierte Infrastruktur-Sondervermögen beschlossen. Jetzt mangelt es im Verkehrshaushalt an den notwendigen Mitteln für 23 wichtige baureife Straßenbauprojekte in ganz Bayern – etwa für den Ausbau des Münchener Autobahnringes, den Ausbau der A8 am Chiemsee, die B12 in Schwaben, die A3 in Niederbayern sowie für etliche Ortsumfahrungen. Für ausbleibende Investitionen trotz neuer Schuldenberge fehlt den Menschen im Land zurecht das Verständnis.

Das Infrastruktur-Sondervermögen soll allein zusätzliche Investitionen ermöglichen – so ist es im Grundgesetz verankert. Aktuelle Studien von Wirtschaftsforschern nähren jedoch Zweifel, ob der Bund diesem Anspruch gerecht wird. Allein im Verkehrsbereich werden geplante Investitionen in Höhe von 10 Mrd. Euro aus dem Kernhaushalt in das Sondervermögen umgebucht, hat das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft ermittelt. Wir kritisieren diese

Haushaltstricks scharf. Der Bund muss endlich seine Sparanstrengungen verstärken und dadurch Investitionsmittel mobilisieren.

Unter der Finanzierungslücke im Verkehrshaushalt leidet letztlich nicht nur die Infrastruktur – auch das Vertrauen in die Politik wird gestört. Nach dem Stromsteuer-Schlamassel muss die Bundesregierung einen weiteren Vertrauensverlust unbedingt vermeiden. Mehr [\[HIER\]](#).



ZWISCHENBERICHT DER ENQUETE-KOMMISSION: BÜROKRATIEABBAU ALS CHANCE FÜR EINEN SCHLANKEREN STAAT

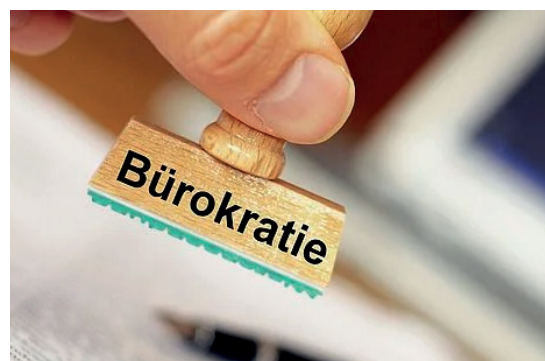
Diese Woche wurde der Zwischenbericht der Enquete-Kommission »Bürokratieabbau« im Plenum vorgestellt. Dieser belegt, dass wir bereits zahlreiche Handlungsempfehlungen erarbeitet haben, die unseren Staat schlanker, schneller und moderner machen werden. Nun steht die Umsetzung in die Realität an – für uns ein Herzensanliegen. Denn der Abbau von Bürokratie könnte gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten dazu beitragen, unserem hart arbeitenden Mittelstand mehr Luft zum Atmen zu geben und ihm mehr Zeit für das eigentliche Geschäft zu ermöglichen.

Aber auch für die Bürger entstehen neue Freiräume: Ob im direkten Kontakt mit staatlichen und kommunalen Stellen, in ehrenamtlichen Tätigkeiten oder bei der Digitalisierung: In zahlreichen gesellschaftlich wichtigen Bereichen sind umfassende Handlungsempfehlungen beschlossen worden. Deren Umsetzung könnte zu einem massiven Abbau von Bürokratie führen, Bayern die Vorreiterrolle in Deutschland sichern und zu europäischen Vorbildern aufschließen lassen. All das ist aber eine Herkulesaufgabe. Deshalb müssen wir auch den Bund in die Pflicht nehmen, sich auf nationaler Ebene und EU-weit dafür einzusetzen,

ebenfalls dieses neue Bewusstsein zu implementieren.

Die Informationsreise der Enquete-Kommission nach Kopenhagen hat dabei vor allem eines gezeigt: Es ist möglich, das Ausmaß an Bürokratie und die damit einhergehenden Belastungen mit entschlossenem Handeln abzubauen. Gerade die in allen Bereichen anstehende Digitalisierung zwingt uns dazu, Prozesse neu zu denken. Dabei entstehen Freiheiten, die positive Effekte für die Gesellschaft, die Wirtschaft und auch die Verwaltung entfesseln werden.

Seit ihrer Einsetzung im Juli 2024 durch einen Beschluss des Bayerischen Landtags beschäftigt sich die Enquete-Kommission intensiv und unter Einbeziehung von zahlreichen Experten aus der Praxis mit einem breiten Themenspektrum quer durch alle Lebensbereiche. Dabei wird ein klares Ziel verfolgt: es soll für alle einfacher werden. Für die Bürgerinnen und Bürger, für die Unternehmen und für alle Behörden. Das bisherige System wird durch den Input von Praxisvertretern einer Überprüfung unterzogen, bürokratische Hürden und Hemmnisse werden identifiziert und anschließend Empfehlungen für die Umsetzung ausgesprochen. Der Auftrag ist nicht allein auf Landesrecht beschränkt. Auch bundes- und europarechtliche Regelungen werden hinterfragt.





WIND-/PV-BETEILIGUNGSGESETZ IST WICHTIGER MEILENSTEIN BEIM AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

Der Wirtschaftsausschuss hat diese Woche das Gesetz zur finanziellen Beteiligung von Kommunen und Bürgern an neuen Windrädern und PV-Freiflächenanlagen beschlossen. Das Gesetz ist ein wichtiger Meilenstein beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern. Alle bayerischen Regionen sind derzeit auf der Suche nach geeigneten Standorten für Windräder, um die gesetzlichen Flächenziele zu erreichen – mancherorts stößt das auf Skepsis. Es ist ein wichtiges Signal, dass Kommunen künftig verpflichtend mitverdienen. Eine Beteiligung von 0,2 Cent je Kilowattstunde erzeugtem Strom bedeutet, dass rechnerisch etwa 30.000 Euro pro Jahr in den Gemeindehaushalt fließen. Für die Bürgerbeteiligung schafft das Gesetz einen verlässlichen Rahmen, setzt aber auf Freiwilligkeit. Dadurch kann eines der zahlreichen Beteiligungsmodelle flexibel gewählt werden – von verbilligten Stromtarifen bis hin zu unternehmerischen Beteiligungen.

Für zwei Anliegen haben wir uns besonders eingesetzt: Erstens für den Verzicht auf fragwürdige Bürokratie, zweitens für größtmögliche Handlungsfreiheit für Städte und Gemeinden. Die im Gesetzgebungsverfahren erwogene Meldepflicht für den Abschluss von Beteiligungsvereinbarungen wird deshalb nicht kommen. Außerdem sind die Gemeinden frei in der Verwendung der zusätzlichen Einnahmen – sogar für Pflichtaufgaben können die Mittel verwendet werden, solange dadurch die Akzeptanz für erneuerbare Energien gefördert wird.

Bei der Windenergie nimmt der Ausbau weiter Fahrt auf: Im ersten Halbjahr wurden bayernweit 96 neue Anlagen genehmigt. In der letzten EEG-Ausschreibungsrunde hat Bayern doppelt so viele Zuschläge erreicht wie in der vorausgehenden Runde. Das Beteiligungsgesetz ist ein wichtiger

Baustein, um die Menschen vor Ort beim Ausbau der Erneuerbaren im Freistaat mitzunehmen. Jetzt ist es an der Bundesregierung, die richtigen Weichen für den Ausbau erneuerbarer Energien zu stellen. Das 10-Punkte-Papier von Energieministerin Reiche geht in eine gute Richtung, etwa wenn es um die bessere Verzahnung von Netzausbau und den Ausbau erneuerbarer Energien geht. Strukturbrüche müssen aber unbedingt verhindert werden, zum Beispiel bei der Förderung von Windkraft im Süden oder bei kleinen PV-Anlagen. Mehr [\[HIER\]](#).

PARLAMENTARISCHER ABEND »ZUKUNFT DES SPORTS IN BAYERN«: FRAKTION DISKUTIERT ÜBER OLYMPIA-BEWERBUNG

Sport ist weit mehr als Wettkampf: Er verbindet Menschen, fördert die Gesundheit und trägt entscheidend zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Bei unserem Parlamentarischen Abend »Zukunft des Sports in Bayern« diskutierten wir gemeinsam mit Team Sport-Bayern, einem Zusammenschluss von 25 bayerischen Sportfachverbänden, aktuelle Herausforderungen und Perspektiven der Sportpolitik.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Bewerbung Münchens für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044. Schließlich haben die Olympischen Spiele in Paris eindrucksvoll gezeigt, welche verbindende Kraft Sport in Zeiten geopolitischer Spannungen entfaltet. München und das bayerische Umland sind daher geradezu prädestiniert, erneut Gastgeber eines internationalen Sportereignisses zu werden – sportlich, organisatorisch und gesellschaftlich. Olympische Spiele in Bayern bieten eine historische Gelegenheit, den



Sport im Freistaat auf allen Ebenen zu stärken – von der Nachwuchsförderung über die Modernisierung der Infrastruktur bis hin zur gesellschaftlichen Integration.

Sport ist weit mehr als Bewegung – nämlich Wertevermittlung und gelebte Inklusion: Ob Kinderturnen, Seniorensport oder Spitzensport – überall stärkt sportliches Engagement unsere Gesellschaft. Es ist daher unsere Aufgabe, den Breitensport ebenso zu fördern wie die Spitzenathletinnen und -athleten, die Bayern international vertreten. Dazu gehört auch, die Rahmenbedingungen für Vereine und Verbände zu verbessern, bürokratische Hürden abzubauen und eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen. Olympische Spiele in München wären ein Fest der Völkerverständigung – ein weiß-blaues Signal der Offenheit, Begeisterung und Gemeinschaft. Wir FREIE WÄHLER werden uns deshalb auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Bayern diese historische Chance nutzt. Mehr [\[HIER\]](#).

#MEMEDERWOCHE: WUSSTEST DU?

Wir sind froh, dass die Debatte um die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres Fahrt aufnimmt. Denn wir haben die Abschaffung der Wehrpflicht schon immer deutlich kritisiert – und schon 2011 ein Konzept für ein verpflichtendes Dienstjahr für Männer und Frauen vorgelegt. Eine parlamentarische Mehrheit zur Umsetzung unserer

Initiative gab es bekanntermaßen nicht.

Unser Ziel war damals wie heute, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und gleichzeitig einen Beitrag zur Landesverteidigung zu leisten. Die Idee: Junge Menschen sollen wählen können, ob sie bei der Bundeswehr dienen oder sich sozial – etwa im Gesundheits- und Pflegesektor – engagieren wollen. Da wie dort brauchen wir mehr Menschen, die diese wichtigen Aufgaben übernehmen. Gleichzeitig bekämen junge Menschen so die Chance, Verantwortung zu übernehmen und einen Beitrag für unsere Gesellschaft zu erbringen. Mehr [\[HIER\]](#).

#BILDERDERWOCHE: UNSER PARLAMENTARISCHER ABEND

Bei unserem Parlamentarischem Abend »Zukunft des Sports in Bayern« haben wir gemeinsam mit Team Sport-Bayern, einem Zusammenschluss von 25 bayerischen Sportfachverbänden, über aktuelle Herausforderungen und Perspektiven der Sportpolitik, diskutiert.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Bewerbung Münchens für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044. Wir meinen: Olympische Spiele in Bayern bieten eine historische Gelegenheit, den Sport im Freistaat auf allen Ebenen zu stärken – von der Nachwuchsförderung über die Modernisierung der Infrastruktur bis hin zur gesellschaftlichen Integration! Zum Post geht's [\[HIER\]](#).

#STREIBLSSTANDPUNKT: SO ERMÖGLICHEN WIR EFFEKTIVE DROHNENABWEHR!

Wie können wir der hybriden Bedrohung durch Drohnen über unseren

Flughäfen und anderen sensiblen Orten begegnen? Mit dieser Frage hat sich am Dienstag der Ministerrat beschäftigt. Konkret wurden ein bayerisches Schnellgesetz zur Drohnenabwehr und die Schaffung eines bayerischen Drohnenzentrums beraten. Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl fasst zusammen, warum wir als Bayernkoalition hier entschlossen vorangehen. Zum Reel auf Instagram geht's [\[HIER\]](#).

#MELDUNGDERWOCHE: GESELLSCHAFTSJAHR FÜR ALLE?

Die Diskussion um die von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius vorgeschlagene Gesetzesänderung bei der Wehrpflicht hält an. Unser verteidigungspolitischer Sprecher Bernhard Pohl kommentiert. [\[HIER\]](#) geht's zur »Meldung der Woche«.

DIESE VERANSTALTUNGEN STEHEN AN:

Im Oktober stehen uns einige Veranstaltungen ins Haus – über interessierte Besucher freuen wir uns! Wer an einem der beiden Parlamentarischen Abende teilnehmen möchte, melde sich bitte über den Anmeldelink www.fw-landtag.de/energie bzw. www.fw-landtag.de/agrar an.

HERZLICHE EINLADUNG

BAYERNS ENERGIEZUKUNFT SICHERN

Parlamentarischer Abend der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Die Energiewende stellt Bayern vor enorme Herausforderungen – und eröffnet zugleich große Chancen. Ziel ist eine zuverlässige, saubere sowie bezahlbare Strom- und Wärmeversorgung. Wir wollen mit folgenden Experten über Lösungen für eine nachhaltige Energiezukunft diskutieren:

- Josef Lausch, energiepolitischer Sprecher
- Hubert Aiwanger, Wirtschaftsminister
- Dr. Stefan Raub, Fachverband Biogas e.V.
- Dr. Andreas Kiefling, Bayernwerk AG
- Fritz Schweiger, 1. Vorstandsvorsitzender VWB
- Vertreter des Landesverbands Erneuerbare Energien

Freitag, 17. Oktober 2025, 18 Uhr, Bayerischer Landtag
Anmeldelink: www.fw-landtag.de/energie



AGRARPOLITIK NEU DENKEN

Parlamentarischer Abend der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Nach den Plänen der EU-Kommission soll die Agrarpolitik in einem einzigen Fonds verankert werden. Für Landwirte in Bayern bedeutet das ganz konkret: Sie müssen mit 30 Prozent weniger Mitteln auskommen.

Wir wollen am 23. Oktober mit ausgewählten Fachleuten über unseren Vorschlag diskutieren, Zertifizierung als Schlüssel für die Vereinfachung der europäischen Agrar- und Ernährungspolitik einzusetzen - mit diesen Gästen:

- Ulrike Müller, MdL
- Christine Singer, MdEP
- Hans Bogner
- Prof. Dr. Harald Grethe

Donnerstag, 23. Oktober 2025, 18 Uhr
Bayerischer Landtag, München

Anmeldung über:
www.fw-landtag.de/agrar



VON DEN STERNEN BIS UNTER DIE ERDE – LANDTAGSPRÄSIDIUM AUF ZUKUNFTSMISSION

Einblicke in die Astrophysik

Zusammen mit meinen Kollegen aus dem Präsidium habe ich Anfang der Woche einen direkten Einblick in die internationale Spitzenforschung der LMU im Wendelstein-Observatorium auf rund 1.838 Metern erhalten. Es ging erst also hoch hinaus und anschließend tief hinab. Im Anschluss haben wir nämlich im Münchner Untergrund die Baustelle der 2. Stammstrecke in der Landeshauptstadt



besichtigt. Höhepunkt auf dem bereits winterlichen Wendelstein war die Besichtigung und Vorführung des 2,1m-Teleskops: Es zählt zu den leistungsfähigsten seiner Art in Europa und ist seit 2012 offiziell in Betrieb. Ausgestattet mit modernster Optik und Präzisionstechnik dient es der Erforschung von Galaxien, Sternentstehung und Exoplaneten. Die Lage des Observatoriums, das von der LMU betrieben wird, bietet hervorragende atmosphärische Bedingungen – fernab von städtischer Lichtverschmutzung, mit klarer Bergluft und stabilen Sichtverhältnissen. Spitzenforschung, die der Freistaat maßgeblich finanziell unterstützt. Ein starkes Signal für die Wissenschaft.



Einblicke in Münchens Unterwelt

Die Baustelle der 2. Stammstrecke ist eines der größten Infrastrukturprojekte Münchens und sorgt derzeit für viel Diskussion: hohe Kosten, Lärm und temporäre Einschränkungen sind spürbar. Vor Ort wird jedoch deutlich, wie komplex das Projekt ist – die lange Bauzeit, voraussichtlich bis 2037, und die hohen Kosten wer-



den so nachvollziehbar. Am Ende wird die 2. Stammstrecke einen echten Mehrwert für die Stadt bringen: Entlastung der bestehenden Stammstrecke, weniger Gedränge und pünktlicherer Nahverkehr. Dazu moderne, barrierefreie Stationen mit Aufzügen und Rolltreppen sowie eine zukunftssichere Infrastruktur für steigende Fahrgastzahlen. Beeindruckend ist zu sehen, wie viel Technik, Planung und Engagement nötig sind, um Münchens Mobilität fit für die Zukunft zu machen. Mit 21 Kilometern Tunnel, 1,9 Millionen Kubikmetern Aushub und 52.000 Metern Schienen ist die 2. Stammstrecke ein echtes Mega-Projekt für die Mobilität der Stadt.

75 JAHRE HOCHSCHULE FÜR POLITIK MÜNCHEN – EINE INSTITUTION MIT BESONDERER BEDEUTUNG

Vor wenigen Tagen durfte ich am Festakt zum 75-jährigen Jubiläum der Hochschule für Politik München (HfP) teilnehmen – einer Hochschule, die für mich persönlich einen ganz besonderen Stellenwert hat. Dieser Festakt war daher mehr als ein offizieller Termin. Ich habe selbst an der HfP studiert – damals als Zweitstudium – und erinnere mich noch gut an die lebendigen Diskussionen, die analytische Tiefe und die Vielfalt an Perspektiven, die dort aufeinandertrafen. Die HfP hat mich nachhaltig geprägt und meinen politischen Blick geschärft. Der Festakt bot nun Gelegenheit, auf 75 Jahre Geschichte politischer Bildung zurückzublicken – und zugleich in die Zukunft zu schauen. In Zeiten, in denen demokratische Werte immer wieder in Frage gestellt werden, braucht es Orte wie diese mehr denn je: Orte, an denen Wissen, kritisches Denken und Debattenkultur gefördert werden. Durch die enge Verbindung mit der Technischen Universität München ist sie zu einem Ort geworden, an dem sich Politik und Technologie auf besondere Weise begegnen. In Zeiten von künstlicher Intelligenz,

Digitalisierung, Energie- und Klimawandel braucht es genau diese Verbindung zwischen Technik und Sozialwissenschaften. Denn es reicht nicht mehr, bewährte Strukturen weiterzuführen. Universitäten dürfen nicht mehr nur Wissen anbieten. Sie müssen auch Werte vermitteln. Sie müssen heraus aus ihrem elitären Elfenbeinturm und sich den Fragen stellen wie: Was macht Technik mit dem Menschen? Mit unserer Gesellschaft? Warum begegnen wissenschaftliche Erkenntnisse zunehmend Ablehnung? Wie begegnen wir dem? Fazit: Wissenschaftliche Exzellenz und technisches Verständnis müssen sich paaren mit sozialer Verantwortung und politischer Urteilskraft.

EIN LEBEN FÜR BAYERN UND EUROPA: REINHOLD BOCKLET

Einen bewegenden Abschied haben wir in dieser Woche mit einem Requiem von dem langjährigen Spitzenpolitiker Reinhold Bocklet genommen, der im August im Alter von 82 Jahren verstorben ist. Er war von 1979 bis 1993 Mitglied des Europäischen Parlaments, danach bis 1998 bayerischer Landwirtschaftsminister und anschließend bis 2003 Europaminister. Von 2008 bis 2018 war er Vizepräsident des Bayerischen Landtags. Er war ein meinungsstarker Intellektueller und bestens vernetzter überzeugter Europäer, der dennoch seine starke Verbundenheit zu seiner Heimat nie vergaß. Ich erinnere mich gern an



seine Erzählungen aus seiner Schulzeit am Kemptener Carl-von-Linde-Gymnasium, die uns trotz des Altersunterschieds verbunden hat.



GEMEINSAM FÜR DIE BODENSEEREGION – IPBK TRIFFT SICH AUF DER KLOSTERINSEL REICHENAU

Seit dieser Legislatur bin ich Mitglied der Internationalen Parlamentarischen Bodenseekonferenz, die sich mehrmals im Jahr zum gemeinsamen Austausch trifft. Viele Themen – von Umwelt- und Gewässerschutz über Verkehr und Energie bis hin zu Forschung und Tourismus – machen nicht an Landesgrenzen halt. Die IPBK bieten uns Abgeordneten aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein eine Plattform, um gemeinsame Herausforderungen zu besprechen, Lösungen zu entwickeln und insbesondere politische Abstimmung zu fördern. So können wir die Bodenseeregion als starken Lebens- und Wirtschaftsraum weiterentwickeln. Anlässlich unserer Herbstkonferenz haben wir uns diese Woche auf der Insel Reichenau getroffen. Schwerpunktmäßig

ging es vor allem um die Förderung des Wissenschaftsverbands in der Region und den Aufbau des dringend notwendigen einheitlichen Tickets für die Bodenseeschiffahrt. Im Vordergrund stand der fachliche Austausch und dennoch durften wir die Klosterinsel Reichenau auch als einen Ort großer geschichtlicher und kultureller Bedeutung kennenlernen. Wir haben unter anderem das Kloster Reichenau besichtigt, in dessen Benediktinerkirche die bekannte Markusreliquie zu sehen ist.

REGION.TRADITION.INNOVATION – AUSZEICHNUNG FÜR FENERBERG LEBENSMITTEL GMBH

Ich freue mich sehr, dass die Feneberg Lebensmittel GmbH aus Kempten zu den neun herausragenden Betrieben gehört, die mit der Ehrenauszeichnung »REGION.TRADITION.INNOVATION« des Bayerischen Umwelt- und Verbraucherministeriums für den Bereich »Milch« geehrt wurden! Die Auszeichnung des Ministeriums würdigt seit 2021 Unternehmen, die Wertschöpfung vor Ort, mehr Tierwohl und starke regionale Strukturen fördern. Feneberg zeigt eindrucksvoll, wie Tradition und Innovation erfolgreich zusammengehen: Das Kemptener Unternehmen bietet unter anderem hochwertige, regionale Milchprodukte – von VonHier-Kefir über Käse bis Vorzugsmilch – und das in enger Zusammenarbeit mit bäuerlichen Familienbetrieben. Hier gehen Bäuerlichkeit, Handwerk und Regionalität Hand in Hand und zeigen, wie eine nachhaltige Lebensmittelproduktion funktionieren kann. Mit der Feneberg Lebensmittel GmbH wurde ein Betrieb aus meinem Stimmkreis geehrt – ein Anliegen, das ich auch persönlich beim Umweltminister unterstützt habe.

IMPRESSUM

Alexander Hold (v.i.S.d.P.) Telefon 0831 9909 3001
Salzstraße 12 alexander.hold@fw-landtag.de
87435 Kempten www.alexander-hold.de